

KREIDEKREIS

Die Zeitung der österreichischen LehrerInnen Initiative - Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie

Anfragen, Infos:

oeli@kreidekreis.net

www.oeli-ug.at

In dieser Nummer:

Ministerin-Projekt:

Selbstständige Schule – 2

Wer braucht die Diskussion um die Verländerung des Schulsystems? – 3

Warum der Bund die Kontrolle über alle LehrerInnen möchte und warum das den Ländern nicht gefällt 4

Wir LehrerInnen sind begehrt! – 5

Die Weltsicht des ÖPU-Vorsitzenden – 6

... und zwei Stil-angepasste Reaktionen dazu – 6

Brauchen wir ein mittleres Management? – 7

ARGE-LehrerInnen zum WeltlehrerInnentag – 8

Zum Nachlesen:

auf oeli-ug.at („Zeitung“) und verlinkt im Netz:

Plattform EduCare

Matura-Reform

Praxis sozialen Lernens europ. Reformprojekte

Bildungsmilliarde und demokratische Reformen statt Stillstand, Parteiproporz und Postenschacher auf Kosten der SchülerInnen und ihrer LehrerInnen

Österreichische LehrerInnen Initiative/Unabhängige GewerkschafterInnen fordern Aufschürfen des Finanzrahmengesetzes und Ausfinanzieren von bundesweit geregelter Schulreform, neuer LehrerInnenbildung und einem einheitlichen LehrerInnendienst- und Besoldungsrecht. Ablehnung für Pröll-Niessls Verländerungspläne.

Bildung kostet. Am 19. 10. protestierten UniversitätsprofessorInnen, Mittelbau und Studierende gegen den uneinsichtigen Sparkurs des Finanzministers. Der Schulbildung geht es nicht viel besser. Begonnene Reformen in Richtung Individualisierung und Integration, ganztägige Gesamtschule (neue Mittelschule statt soziale Selektion der 9-10-jährigen Kinder), Anhebung des Niveaus der LehrerInnenbildung, ein zeitgemäßen Unterricht förderndes, die LehrerInnenarbeit aufwertendes Dienst- und Besoldungsrecht kosten Geld. Nach Bankenrettungspaketen ist ein zukunftsorientiertes Konjunkturpaket Soziales, Bildung und öffentlicher Dienst überfällig. Verbesserte Bildung und Ausbildung, soziale Integration, Arbeitsplätze im Sozial- und Bildungsbereich stützen die sich abzeichnende Konjunktur.

Was Schulen und LehrerInnen brauchen ist keine Mangelverwaltung, keine von Landeshauptleuten wie Pröll oder Niessl, keine von Parteipolitik oder Parteienproporz gelenkte Postenvergabe und DirektorInnenbestellung, keine auf Kosten der Schulen teure Doppelverwaltung auf Landes- und Bezirksebene, sondern

- Schulen als eigenständige, von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen mitverwaltete Einheiten, Zusammenfassung von Kleinschulen zu eigenständigen Schulverbänden
- Transparente Auswahlkriterien und Wahl der Schulleitungsteams am Standort, Stärkung der Personalvertretungsrechte der LehrerInnen an der Schule
- Bundesweit einheitliche, ausreichende und transparente Zuteilung von Personal und Infrastruktur an die Schulen
- Landesschulräte oder Landesbildungsdirektionen als dem BMUKK zugeordnete regionale Koordinations- und Verwaltungseinheiten
- Ein für NeueinsteigerInnen und im Dienst stehende LehrerInnen attraktives, die Arbeit mit den SchülerInnen förderndes Dienstrecht mit höheren Einstiegsgehältern
- Eine am Stand von Wissenschaft und Forschung und an einer reflektierenden Unterrichtspraxis orientierte Neuordnung der Lehramtsstudien – Masterstudien an Pädagogischen Universitäten für alle LehrerInnen von der Volksschule bis zur Sekundarstufe II

Die ÖLI-UG unterstützt die Budget-, Steuer- und Bildungsinitiativen von ÖGB und Arbeiterkammer für sozial-integrative, demokratische und zukunftsorientierte Bildungsreformen und ihre Finanzierung durch die öffentliche Hand: Her mit den Bildungsmilliarden! Für Vermögenssteuern, für das Einsparen von Doppel- und Mehrgleisigkeiten in der Schulverwaltung und gegen das Kaputtsparen von Kindergärten, Schulen und Universitäten.

Josef Fuchsbauer, BMHS - Wilfried Mayr, APS - Reinhart Sellner, AHS

Vertreter der Unabhängigen GewerkschafterInnen in der ARGE LehrerInnen der GÖD

Rückfragehinweis: fuchsbauer@oeli-ug.at, 0680 2124358, mayr@oeli-ug.at, 0676 5081498, reinhart.sellner@gmx.at 0676 3437521 - www.oeli-ug.at - 20.10.2010

ÖLI ZVR-Zahl 125480687

Falls unzustellbar bitte zurück

an: 4643 Pflasterweg 7

DVR: 0581518

An:



Österreichische • LehrerInnen • Initiative



Wilfried Mayr
ÖLI-Vorsitzender
HS-Lehrer
Mitglied der APS-
Bundesleitung und
der ARGE Lehre-
rInnen der GÖD
mayr (a) oeli-ug.at

Hinweis: Der
ehem. steirische
LSR-Präsident
Bernd Schilcher
erfreut mit seinem
Österreich-Beitrag
in der deutschen
„Zeit“: [www.zeit.de/
2010/22/A-Schulpolitik](http://www.zeit.de/2010/22/A-Schulpolitik)

Impressum: EHV:
ÖLI-UG, Öster-
reichische Lehre-
rInnen Initiative -
Unabhängige
Gewerkschafte-
rInnen für mehr
Demokratie,
4643 Pettenbach,
Pflasterweg 7.
Red.: Josef Gary
Fuchsbauer und
die AutorInnen
der Beiträge.
Papierauflage:
5000. Kreidekreis
ist das Informati-
ons-/ Diskussi-
onsorgan der
ÖLI-UG.

**LeserInnen-
Beiträge zu
schulrelevanten
Themen
willkommen!**
ÖLI-Beitritt bzw.
Kreidekreisabo-
Bestellung: [oeli@
kreidekreis.net](mailto:oeli@kreidekreis.net),
0680 2124358,
Fax 07586 8877,
oder einfach
€ 30 bis 360 bzw.
Abo 7 € / Jahr
auf PSK (60000)
KtoNr. 78420320
„Öst. LehrerInnen“

Ministerin-Projekt: Selbstständige Schule

Claudia Schmied hat es wirk-
lich nicht leicht. Erst bekommt
sie nicht das nötige Geld, und
dann tappst sie noch in die
Falle, die ihr der Finanzminis-
ter und Vorsitzende des Ju-
niorpartners in der Koalition
stellte. Seither hat sie das
Parfüm der Pechmarie, - die
PersonalvertreterInnen ihrer
Fraktion wurden bei den vor-
jährigen PV-Wahlen hart ab-
gestraft. Schmied will etwas,
was schon ihren Vorgänge-
rInnen nicht gelingen wollte,
aber dennoch höchst an der
Zeit wäre: Das österreichi-
sche Schulsystem auf aktuel-
len Stand zu bringen, Jahr-
zehnte der bleiernen Läh-
mung überwinden.

Nur Deutschland und Öster-
reich trennen im Schulsystem
bereits die 9- bis 10-Jährigen.
Hintergrund dessen sind ver-
bissene Verteidigungskämpfe
einer PädagogInnen(?)schicht,
die sich keine Pfründe neh-
men lassen will, allen voran
die (schwarze) AHS-Gewerk-
schaft. Die Folgen sind Se-
lektions-Stress bereits in der
Volksschule, eine AHS-Unter-
stufe, die das Niveau soweit
senken muss, dass sie die
gewünschte Anzahl von Gym-
nasialklassen halten kann,
und in den städtischen Ge-
bieten eine zur Restschule
verkommene Hauptschule,
wenn sie sich nicht einen
Schwerpunkt einfallen lässt,
der genügend SchülerInnen
anzieht.

Teuer ist sie angeblich, die
„österreichische Schule“. Und
zuwenig effizient, was bei di-
versen Tests als Ergebnis prä-
sentierte wird. Zu den Kosten:
Erstens hat Gehrler damals die
Pensionen der KollegInnen
im Ruhestand hineinrechnen
lassen, um mit ihren Bildung-
sausgaben in Relation zum
Ausland besser dazustehen.
Kostenmäßig also ein Ver-
gleich von Äpfeln mit Birnen.
Zweitens ist die Masse der

LehrerInnen nach den kargen
Anfangsbezügen inzwischen
in den höheren Gehaltsstufen
angelangt und kostet das, was
man sich vor dreißig Jahren
schon ausrechnen hätte könn-
en, aber nicht wollte. Und
drittens versickert viel Geld in
der Administration: Man leis-
tet sich eine Doppelgleisig-
keit von Bezirks/Landes/
Stadtschulräten (inklusive
Dienstwagen und Chauffeur
für die Amtsführenden Präsi-
dentInnen) und Bildungsdi-
rektionen bei den Landesre-
gierungen. Das kostet.

Nachdem ihr der Versuch,
über eine „Neue Mittelschule“
die Mittelstufe zu reformie-
ren, mittels Magersucht bei
den Finanzen abgedreht
worden ist, versucht sie nun,
zumindest eine Verwaltungse-
bene (Landesschulräte bzw.
Bezirksschulräte) einzuspa-
ren, wenn nicht beide. Da
wäre einiges Geld zu lukrie-
ren, keine Frage.

Kann sie natürlich nicht laut
von sich geben, sonst wer-
den ihr die vorgespannten
Pferde scheu. Also kontak-
tiert sie zumindest pro forma
die ArbeitnehmerInnen-
Vertretung (die Gewerk-
schaft, die sie vorher meist
im Off stehen hat lassen) mit
einer umfangreichen Fragen-
sammlung, wie man sich eine
„selbstständige Schule“
denn vorstellen könnte, die
Personalbestellung, wie man
dort ein „mittleres Manage-
ment“ installieren könnte und
und und. Ob sie nicht schon
ein Konzept in der Schublade
liegen hat und nur eine
Scheinbefragung durchführt,
ist noch nicht klar. Man sollte
ihr aber auf keinen Fall das
Argument liefern, die Arbei-
nehmerInnen-Vertretung hät-
te sich einer Diskussion und
Mitarbeit verweigert.

Besonders wir von der ÖLI-
UG (Gernot Pedrazzoli aus
Tirol, Reinhart Sellner (AHS)
aus Wien, Wolfgang Stonitsch
aus NÖ und ich für OÖ) ha-
ben eine Menge Vorschläge

eingebraucht. Kollege Martin
Höflehner (FCG, GÖD-Bun-
desleitung Pflichtschul-Leh-
rerInnen in Wien) hatte die
Mammutaufgabe, die einge-
gangenen Vorschläge zu
sichten und zu einem Kom-
pendium zu verdichten. Dies-
es wurde in der ARGE Leh-
rer am 27. Mai den Vertre-
terInnen der anderen Schulty-
pen vorgestellt und um Er-
gänzungen oder Neuerdach-
tes ersucht. Mit dem Ergeb-
nis dessen wird man der Mi-
nisterin gegenüber treten.

Eine selbstständige Schule
könnte es sehr wohl geben:
mit den nötigen Mitteln alle-
mal! Und einem Verwal-
tungs-EDV-Programm, das
diese Bezeichnung auch ver-
dient. Bei den vorhandenen
wurden bisher abertausende
LehrerInnen-Stunden sinnlos
verbrannt, weil das Pro-
gramm alles andere als aus-
gereift war und ist.

Auf welche Verwaltungsebe-
ne dabei verzichtet werden
könnte, ist strittig. Ich persö-
nlich neige für den Pflicht-
schulbereich zur Erhaltung
demokratisierter Bezirks-
schulräte (warum sollten die
BSIs nicht von „ihrer“ Leh-
rerInnenenschaft periodisch ge-
wählt werden?), da hier noch
eine persönliche Kenntnis
der MitarbeiterInnen vorhan-
den ist und adäquater agiert
werden kann. Bei Stärkung
der lokalen Befugnisse könn-
ten die Agenden des Lan-
desschulrats an die Landes-
Direktionen Bildung abgege-
ben werden. Wie weit die
einzelnen höheren Schulen
(ohne LSR) direkt dem Mini-
sterium verantwortlich sein
könnten, bedarf einer einge-
henderen Diskussion.

Etlliches Geld wäre auch mit
Zentralisierung statt der ös-
terreichischen Kleinschulen
zu machen, die proportional
hohe Personalressourcen
benötigen. Es ist eine politi-
sche Entscheidung, ob die
Schulen bei den Kindern blei-
ben oder bereits 6-Jährige ins
Selbstverständnis des Pend-

lerInnen zum eingeschult werden.

Besonders in skandinavischen Ländern ist die Autonomie der einzelnen Schulen stark entwickelt, allerdings nicht in Form von Alleinherrschaft einzelner SchulleiterInnen, sondern unter Leitung eines „school boards“, in dem bisweilen die ElternvertreterInnen die deutliche Mehrheit, aber auch eine Menge von Verantwortung und Aufgaben haben. Auch die Personalhoheit: Das Schulleitungsgremium sucht sich aus den BewerberInnen die ihm am geeignetsten scheinenden PädagogInnen auf Zeit aus. Zusatzfrage: Welche Chancen hat da z.B. ein/e Endfünfiger/in (mit noch einigen Jahren bis zur Pension) mit dem Fach „Bewegung und Sport“ gegen die junge Konkurrenz? Oder ein/e „Zugereiste/r“ gegen den Spross der Bürgermeisterin?¹⁾

Im **internationalen Vergleich** haben die österreichischen PädagogInnen die **wenigste Unterstützung** durch spezielle Fachkräfte. Das macht sie zu Mädchen für alles und bestqualifizierte Burn-out-KandidatInnen. Ich wage nicht abzuschätzen, wie viele Ressourcen SchülerInnen mit Verhaltensdefiziten auf Kosten der MitschülerInnen und der Nerven der KollegInnen (im wahrsten Sinn des Wortes) sinnlos verbrennen. Besonders in diesem Bereich und dem der Integration mit zuwenig Mitteln werden tagtäglich (denn damit ist auch die unterrichtsfreie Zeit schwer beeinträchtigt) KollegInnen auf substanzvolle Himmelfahrtskommandos geschickt. Die Schulbehörde sollte endlich einmal so ehrlich sein zuzugeben, dass bestimmte Bereiche, die uns einfach aufgeschultert werden, absolut nicht in unseren Aufgabenbereich fallen! Das ist in anderen Staaten, mit deren partiellen Vergleichen wir laufend eingeschüchtert werden sollen, wesentlich besser bestellt.

Selbstständige Schulen? Her damit: mit den nötigen Ressourcen! Verantwortungsvolle Finanzminister müssen dem Bildungsbereich dieselbe Priorität wie den Banken zugestehen und ihn dementsprechend dotieren: Hier geht es mindestens genauso um die Chancen der Heranwachsenden und des Gemeinwesens, also um unser aller Zukunft.

Wer braucht die Diskussion um die Verländerung des Schulsystems?

Statt sich ernsthaft an einer Bildungsreform zu versuchen, die für SchülerInnen und StudentInnen mehr Bildung und erträgliche Studienbedingungen bringt, basteln vor allem die ÖVP-Landeshauptleute an Strohhalmen, an die sie ihren schwindenden Einfluss in einer größer werdenden Welt heften wollen.

Cui bono? Wem nutzt es, wenn die Länder die Kompetenzen über das Schulsystem haben? Den SchülerInnen wohl nicht. Der Blick nach Deutschland zeigt es. Dort ist die Schulpolitik Ländersache und zwar ausschließlich. Die Folge: Die einzelnen Bundesländer erkennen die Abschlüsse gegenseitig nicht an und so ist es möglich, dass ein Abiturient aus Hessen als solcher in Bayern nichts gilt, wie im „Spiegel“ vom Juni 2010 zu lesen ist.

Wenn die Verländerung dort nicht funktioniert und als eines der Übel der deutschen Bildungsmisere gesehen wird, warum soll das in Österreich anders sein? Genügt es uns nicht, das Schulsystem kaputt zu sparen und damit eine eigene, österreichische Variante der Bildungskatastrophe zu erzeugen, müssen wir zur Verschärfung der Lage tatsächlich Methoden importieren, die im Herkunftsland selbst als Grundproblem eines untauglichen Schulsystems scharf kritisiert werden?

Da helfen auch keine Beteuerungen, dass die Verländerung niemals zur Entwicklung von neun verschiedenen Schulsystemen führen werde, weil ja das Bundesministerium die Lehrpläne machen und schön brav zahlen könne. Wie viel diese Beteuerungen wert sind, lässt sich an der Entwicklung der Neuen Mittelschule absehen. Jedes Bundesland spielt seine eigene Variante, von der sechsklassigen Volksschule bis hin zur klassischen Hauptschule, in die ab und zu OberstufenlehrerInnen vorbeischauchen.

Wem nutzt die Verländerung der Schulsysteme also, wenn sie den SchülerInnen nichts nützt, der Verwaltungsreform nichts nützt, weil die schon jetzt existierenden neun Landesschulratssysteme zu Mini-Bildungsministerien aufgeblasen werden, den LehrerInnen nix nützt, die sich so gar nicht mit den politischen Machtverhältnissen in ihren Bundesländern arrangieren und den von ihnen in Auftrag gegebenen „Objektivierungsmechanismen“ unterwerfen wollen? Der Schule nutzt es schon gar nicht, pädagogisch und didaktisch gibt es



Peter Steiner, ZA-BMHS-Mitglied, steiner(a)oeli-ug.at

keine Argumente für veränderte Bildungssysteme, wie die breite Front jener zeigt, die gegen eine Verländerung sind: Eltern, SchülerInnen, Bildungs- und Verwaltungsfachleute und sogar Vertreter aus Prölls Partei selbst, wie der ehemalige steirische Landesschulratspräsident Schilcher oder VP-Akademikerbundpräsident Schnider.

Die Diskussion nützt vor allem jenen, die eine echte Reformdiskussion gar nicht wollen, das Thema Verländerung lenkt von drängenden Wirklichkeiten ab, von knapper Mittelzuteilung durch das Finanzministerium, von Kompetenzorientierung und Zentralmatura, von einem zusammenbrechenden, unterdotierten Hochschulsystem, von der Umwandlung der Bildungsinstitutionen zur Ausbildungsindustrie inklusive neuer LehrerInnen-Ausbildung. Alles Themen, deren Auswirkungen auf die SchülerInnen und die Lehre weitaus gravierender sind, als die Befriedigung landesfürstlicher Eitelkeiten.

Wenn Bildungsministerin Schmied "weg von der opernhafte Zuspitzung" in der Causa Verländerung will, wie sie am 20. 10. bei einer Pressekonferenz in Wien betonte, dann sollte man das verstärken. Überhaupt „weg vom operettenhaften Thema Verländerung“ und lasst alle am Bildungsprozess Beteiligten mitreden und mitgestalten, stellt die Bildungspläne öffentlich, das nutzt allen was, die es angeht.

¹⁾ es kann auch umgekehrt sein: Am Schulbeginn war die Lehrfächerverteilung einer Schule fertig. Doch am Montag der zweiten Woche gab es eine neue Mitverwendete: Der Tochter des Direktors hatten noch ein paar Stunden zur Vollbeschäftigung gefehlt und so pendelt sie jetzt zweimal pro Woche ein. Die dafür erforderliche Zustimmung des Ministeriums (Beschäftigung naher Verwandter des Direktors an seiner Schule) bekam die PV bisher nicht zu sehen.



Thomas Wintersberger
APS-Lehrer
wintersberger (a)
oeli-ug.at

Versuch einer Meinungsbildung: **Warum der Bund die Kontrolle über alle LehrerInnen möchte und warum das den Ländern nicht gefällt**

Würden Sie jemandem Geld für einen Aufgabenbereich übertragen, wenn sie nicht nachvollziehen können, wofür diese Mittel verwendet werden? Diesbezügliche Kritik des Rechnungshofes hat bisher zu keinen befriedigenden Ergebnissen geführt.

*Aus dem Rechnungshofbericht, Dezember 2009, zum Thema Personalausgaben: Der RH hatte in seinem Vorbericht empfohlen, die Personalausgaben für die Schulaufsicht lückenlos festzustellen, um eine wichtige Zahlenbasis für künftige strategische Entscheidungen zu schaffen...
... Die Empfehlung wurde nicht umgesetzt. Der RH empfahl daher weiterhin, die Personalausgaben für die Schulaufsicht lückenlos festzustellen.*

Es ist logisch, dass eine Ministerin, noch dazu wenn dem Ressort ständig ineffizienter Ressourceneinsatz vorgeworfen wird, diesbezüglich lückenlose Berichtspflicht einfordert. Es ist auch leicht nachvollziehbar, dass sie sich nicht, wie von mehreren Landeshauptleuten gefordert, mit der Ausgabe pädagogischer Zielvorgaben zufrieden gibt und die Erreichung derselben den Ländern überlässt. **Zahlen zu müssen ohne gestalten zu können ist keine befriedigende Aufteilung der Kompetenzen.**

Bei einem **Dienstpostenwechsel** in ein anderes Bundesland haben LandeslehrerInnen größte Probleme. Wer will schon seine Pragmatisierung aufgeben und als Neueinsteiger wieder von vorne beginnen und damit zumindest vorübergehend Gehaltseinbußen in Kauf nehmen? In einem Land der Größe Österreichs ist **zentrale Dienstpostenverwaltung** wohl möglich. Dass es in der Peripherie eigene

Verwaltungsebenen zur Betreuung der KollegInnen braucht, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Schon jetzt ist der Landesschulrat eine Verwaltungsebene des Bundes.

Unsinnig erscheint tatsächlich, dass es pro Bundesland neben dem LSR auf Ebene der Landesregierung zusätzlich eine Direktion Bildung gibt. Sich **Doppelgleisigkeiten** bei gleichzeitiger Budgetknappheit zu leisten, muss als Verantwortungslosigkeit bezeichnet werden.

Wozu brauchen Bundesländer zusätzliche Extraregelungen bei Bildung betreffenden Gesetzen (z.B. Pflichtschulorganisationsgesetz)? Eine **Verwaltungsreform** wird seit langem von unabhängigen Gutachtern gefordert. **Österreich ist kleiner als Bayern.** Wozu neun Ausführungsgesetze zu einem Bundesgesetz?

Postenvergaben, etc. sollten bundesweit nach denselben objektiven Kriterien erfolgen. PolitikerInnen dürfen den Bildungsbereich nicht zum parteieigenen Machtausbau missbrauchen.

Einige Beispiele. (Auszüge: Morgenjournal, Ö1 vom 15.9.): Schulleiterbestellungen ..., bei Direktoren-Bestellungen (nur bei Bundesschulen, Anm.) hat aber der Bund in Person der Unterrichtsministerin das letzte Wort. Und das ist gut so, meint der Grüne Bildungssprecher Harald Walser. Denn damit sei mehr Transparenz möglich. Bsp. Kärnten: In Villach sollte ein FPK-naher Lehrer eine Schulleitung bekommen, obwohl die interimistische Leiterin als besser qualifiziert galt.

Noch einmal Kärnten: Im traditionsreichen Bundesgymnasium Tanzenberg wird demnächst ein FPK-naher Bewerber die Schulleitung übernehmen. Der Mann wurde mit dem Posten betraut, obwohl er bei einem internen Hearing an der

Schule am schlechtesten abgeschnitten hat.

Steiermark: Im Bundesgymnasium Köflach wurde eine besser qualifizierte Bewerberin übergangen und der zweitgereichte Bewerber mit der Schulleitung betraut.

In Salzburg kämpft eine Lehrerin seit 2007 um einen Leiterposten, der ihr nach einem Gutachten der Gleichbehandlungskommission auch zusteht. Betraut worden ist mit dem Posten ein Mann, dem gute Kontakte zur SPÖ-Landeshauptfrau nachgesagt werden. Der Betroffene sagt dazu nur, dass seine Gattin in der SPÖ Salzburg aktiv sei. Die Mitbewerberin kämpft jedenfalls mit einer Amtshaftungsklage dagegen, dass sie übergangen worden ist.

Der Trick mit der "Betrauung":... Denn der "Trick" der Landeshauptleute sei, "dass sie höhere Positionen nicht mehr bestellen, wie es im Gesetz heißt, sondern nur noch betrauen." Bei einer Bestellung müsse es einen Bescheid geben, bei einer Betrauung nicht. Nur gegen eine Bestellung könne man aber Einspruch erheben. "Mit diesem Trick wird en masse in Kärnten gearbeitet, aber zunehmend auch in den anderen Bundesländern."

Die Existenz einer eigenen **Krankenkasse** für die LehrerInnen in OÖ bzw. Tirol kann unabhängig davon, ob Bund oder Land als Dienstgeber in Erscheinung treten, gefördert oder verhindert werden. Die Dienstgeberfrage mit dem Bestand der LKUF zu vermenigen ist nicht seriös. Schon jetzt kann durch einen einfachen Beschluss des Nationalrates die Existenz der LKUF beendet werden. Geschickte Verhandlungen könnten, umgekehrt gedacht, alle LehrerInnen Österreichs zur LKUF bringen. Aus personalvertreterischer, aber auch aus Sicht der Vernunft muss wohl der Weiterbestand, bzw. Ausbau der LKUF gefordert werden. Wieder anders gedacht: Haben Sie irgendwann Proteste aus den anderen

Buchempfehlung:

[http://derstandard.at/1282978940690/Buchrezension-Lobet-ehret-bezahlet-uns-anstaendig:](http://derstandard.at/1282978940690/Buchrezension-Lobet-ehret-bezahlet-uns-anstaendig)

Niki Glattauer,
Der engagierte
Lehrer und seine Feinde

Bundesländern vernommen, dass die Versorgung unserer dortigen BerufskollegInnen durch die BVA schlecht wäre? Übrigens: Vorsitzender der Beamtenversicherungs-Anstalt BVA ist Fritz Neugebauer, der hier von Zusammenlegungen profitieren würde. Gefahr im Verzug!

BundeslehrerInnen haben auf **Personalvertretungsebene** jetzt nur auf Bundesebene Freistellungen. Im Pflichtschulbereich wäre eventuell die Ebene der Zentralausschüsse auf Landesebene tatsächlich gefährdet. Andererseits gibt es gesetzliche Grundlagen für vom Dienstgeber zu gewährende **Freistellungen von BetriebsrätInnen**. Deren Umsetzung in Verhandlungen zu erreichen kann doch für eine derartig starke(?) Gewerkschaft kein Problem sein.

In der Schweiz strebt man momentan eine Vereinheitlichung des Bildungssystems an, da sich durch die Kantonsverwaltung mittlerweile derartig verschiedene Systeme entwickelt haben, dass Eltern schulpflichtiger Kinder Probleme beim Umzug von einem Kanton in einen anderen haben.

Der von manchen Landeshauptleuten mit beinahe militantem Nachdruck geforderte Zugriff auf alle LehrerInnen hat seine Begründung in der Angst, durch einen Dienstgeberwechsel Meinungs- und Machteinfluss auf eine Menschengruppe zu verlieren, mit Hilfe derer man die Gesellschaft in die gewünschte Richtung glaubt steuern zu können. Bedenkt man vor diesem Hintergrund die Ergebnisse von Personalvertretungswahlen, so kann man erkennen, welchen Machtfaktor man gefährdet sieht.

Erfahrungen eines oö. APS-Lehrers:

Wir LehrerInnen sind begehrt!

Oder: **So ein Reich darf nicht zerstört werden!**

Noch selten fühlte ich mich als Lehrer derart wertgeschätzt und begehrt. Da beginnen Bund und Land darüber zu streiten, wer denn mein Vorgesetzter sein dürfe. Noch nie habe ich einen derartigen mich betreffenden Fürsorge- drang wahrgenommen. Honorige und mit höchster Amtsauctorität ausgestattete Personen kriegen sich derartig in die Haare, dass sich der Bundeskanzler unserer Republik genötigt sieht, einen Landeshauptmann zur Bildungsministerin zwecks dort fälliger Entschuldigung zu zitieren.

Bei genauerer Betrachtungsweise der Bund-Land-Problematik kommt man jedoch relativ rasch auf Gedanken, die wenig mit Fürsorge- drang und dafür viel mit Einflussnahme zu tun haben. Tritt ein/e JunglehrerIn den Dienst an, so lernt er/sie sofort die Personalvertreter/innen der dominanten Fraktion kennen, die sich gratulierender Weise mit ihm/ihr über das Anstellungsdekret, erhalten vom Amtsführenden Präsidenten des Landesschulrates (in OÖ praktischerweise gleichzeitig der Vorsitzende desselben Lehrervereines) freuen. Es gibt tatsächlich JunglehrerInnen die glauben, ihre Anstellung von einem Lehrerverein bekommen zu haben.

Wechselt ein/e Lehrer/in den Bezirk, so wissen auch im neuen Arbeitsbereich sofort die Vorsitzenden der Dienststellenausschüsse (alle von ebendiesem Lehrerverein) Bescheid und kümmern sich auch sofort fürsorglich um diesen Neankömmling. Damit sie dafür auch Zeit finden, erhalten sie dafür von der Landesebene schöne Kontingente an Freistellungsstunden. Es lohnt sich also, sich in der Personalvertretung zu engagieren – vorausgesetzt man gehört der richtigen Gruppierung an. Auch als Vorsitzende/r der Bezirksgewerkschaft (alle Vorsitzenden in OÖ gehören derselben Fraktion an) erhält man zwei Stunden Lehrpflichtverminderung, indem man die Funktion einer „Sicherheitsvertrauensperson“ ausübt.

Wer es ganz nach oben schafft, kann Mitglied des Zentralausschusses werden. Dieser besteht in OÖ aus 11 Personen (9 CLV/1 Plattform Unabhängige und Grüne/1 SLÖ), von denen sechs komplett vom Dienst freigestellt sind. Diese sechs gehören alle derselben

Fraktion an. Aussendungen des Zentralausschusses werden de facto mit keinen anderen Fraktionen besprochen.

Es gibt einen Lehrerunterstützungsverein (LUV), über den Mitglieder günstige Kredite in Anspruch nehmen können. An sich eine gute Einrichtung. Der Vorsitzende des Zentralausschusses ist automatisch auch Vorsitzender dieses Vereines. Nimmt man einen Kredit, so freut sich in einem Schreiben wieder eine Person des größten Lehrervereines mit dem Kreditnehmer über die Gewährung desselben.

Und nimmt man einen Bezugsvorschuss beim Dienstgeber, so genehmigt diesen letzten Endes der Amtsführende Präsident des Landesschulrates, also gleichzeitig der Vorsitzende des Christlichen Lehrervereines CLV. Die Mitteilung darüber wird über den Zentralausschuss verschickt. Über die positive Erledigung des Ansuchens freut sich wieder ein hoher Vertreter des größten Lehrervereines mit dem Antragsteller.

Man sieht also: Beste Betreuung in allen Lebenslagen. Das System ist perfekt durchorganisiert und verhindert real jede Konkurrenz. Kein Wunder also, dass man sich mit allen Mitteln wehrt, Landeskompetenzen an den Bund abgeben zu müssen. Im Gegenteil: Man ist bemüht, auch die jetzigen BundeslehrerInnen in LandeslehrerInnen zu verwandeln. Das bedeutet: Durchgriffsmöglichkeit auch an den höheren Schulen. Warum wohl wehrt sich die ÖVP-nahe Gewerkschaft der höheren Schulen nicht lautstark gegen drohende „Verlängerung“?

Das durchorganisierte System bringt nicht nur Wählerstimmen bei Personalvertretungswahlen. Auch bei Gemeinderats- und Landtagswahlen kann man sich auf gut betreute WählerInnen verlassen. LehrerInnen sind häufig in örtlichen Vereinen aktiv und fungieren so auch als MultiplikatorInnen.

Die Versuchung, Bildungspolitik als gesellschaftliches Veränderungs- oder Bewahrungspotential zu betrachten, ist groß. Die Angst, auf diesem Weg gesellschaftspolitischen Einfluss zu verlieren verhindert Entwicklung. Wobei letztendlich egal ist, ob ein Land rot oder schwarz regiert wird – ein Parteiwechsel im Ministerium bedroht dann eben die andere Farbrichtung.

Daher: Bildungspolitik muss unabhängig von Parteiinteressen stattfinden. Nur so können wir uns aus dem momentanen Stillstand befreien.

Der bittere Ernst der ÖPU

-- Original-Nachricht -- von Gerhard Riegler
Gesendet: Freitag, 8. Oktober 2010, 22:54
Betreff: ÖPU-USER. ÖPU-Wochenspiegel 10-31

Sehr geehrte USER der ÖPU-Website, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich konnte heute Abend im Wiener Konzerthaus ein mich begeisterndes Beethoven-Konzert miterleben und gestehe, dass mir während des Konzertes immer wieder der Gedanke durch den Kopf und ans Herz gegangen ist, wie irrwitzig ein Schulsystem wäre, das die Entwicklung besonderer Begabungen dem Wahn, alle gleich machen zu müssen, opfert.

Mit der aktuellen Ausgabe unseres ÖPU-Wochenspiegels im digitalen Rucksack wünsche ich euch/Ihnen allen ein schönes Wochenende.

Herzliche Grüße euer/Ihr Gerhard Riegler

Gerhard Riegler: Editorial

Vor wenigen Tagen erzählte mir eine Kollegin, dass sie im Rahmen eines Maturatreffens von einer beruflich sehr erfolgreichen Absolventin folgende Rückmeldung erhielt: „Sie haben uns Schülerinnen oft genervt, weil Sie immer auf Leistung, Disziplin und Ordnung bestanden haben. Je mehr ich aber das Leben außerhalb der Schule kennenlernte, umso dankbarer wurde ich Ihnen dafür!“

Es ist tatsächlich ein wichtiger Teil unseres pädagogischen Wirkens und unserer pädagogischen Verantwortung, uns manchmal auch unbeliebt zu machen. Dabei brauchen wir LehrerInnen oft gute Nerven und einen langen Atem, weil unser Gegenüber noch nicht begreifen kann, worauf es letztlich ankommt, was alles zu Bildung gehört, was SchülerInnen tatsächlich fit fürs Leben macht.

„Lehrer müssen nicht geliebt werden“ lautet der Titel eines höchst lesenswerten ZEIT-Artikels. In ihm bringt es Gabriele Behler, die vormalige SPD-Kultusministerin Nordrhein-Westfalens, auf den Punkt, womit wir LehrerInnen umgehen können müssen: „Schüler haben das Recht, ihre Lehrer nicht zu lieben.“ Und wir LehrerInnen haben die Pflicht – um Gabriele Behler zu paraphrasieren – nicht der Gunst unserer SchülerInnen nachzulaufen.

Dieselbe Pflicht gilt übrigens auch für unseren Umgang mit der Bildungspolitik: Wer seiner Verantwortung gerecht werden will, darf Menschen, denen aus diversen Gründen Ein-, Durch- und Überblick fehlen, nicht willfährig sein, auch wenn man sich dadurch nicht gerade beliebt macht. Meinen noch ungeborenen Enkelkindern wird es wohl reichlich gleichgültig sein, ob ich 2010 bei der Unterrichtsministerin beliebt war. Ganz und gar nicht gleichgültig wird es aber ihren Eltern sein, ob ihre Kinder auch noch ein hochwertiges Bildungssystem besuchen können, für dessen Finanzierung der Staat aufkommt. Und mir ist es schon heute ein großes Anliegen, dass auch meine Kinder und Enkelkinder ebenso wie wir einen Wohlstand genießen dürfen, der zu den höchsten der Welt gehört. Und dazu hat die Schule einen maßgeblichen Beitrag geleistet und wird ihn weiter leisten müssen, ob das von Bildungspolitikern im Moment verstanden wird oder nicht.

Der süße Charme der ÖLI-Ironie

Am 9.10.2010, schrieb [Wilfried Mayr](#):

Sehr geehrte User der Mayr-Website, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vor wenigen Tagen erzählte mir ein Kollege, dass er im Rahmen eines Klassentreffens von einer beruflich sehr erfolgreichen Absolventin folgende Rückmeldung erhielt, "Sie haben uns Schüler oft genervt, weil Sie extrem ungerecht und sadistisch zu uns waren, eine Überheblichkeit sondergleichen an den Tag legten, in Ihrem Unterricht hauptsächlich über die Unterrichtsministerin und Ihr niedriges Gehalt schimpften und dabei regelmäßig auf die Durchnahme des Lernstoffes vergaßen, sodass wir uns das notwendige Wissen in Eigenregie erwerben mussten und Sie eigentlich hassten. – Je mehr ich aber das Leben außerhalb der Schule kennenlernte, umso dankbarer wurde ich Ihnen dafür. Es hat mir im Umgang mit meinen späteren Vorgesetzten sehr geholfen, weil ich all diese Situationen bestens von meiner Schulzeit her kannte."

Es ist tatsächlich ein wichtiger Teil unseres pädagogischen Wirkens und unserer pädagogischen Verantwortung, uns manchmal auch unbeliebt zu machen. Dabei brauchen wir LehrerInnen oft gute Nerven, langen Atem, außergewöhnlichen Zynismus, zwei nimmermüde Hände und ein starkes Herz zum Schlagen, weil unser Gegenüber noch nicht begreifen kann, worauf es letztlich ankommt, was alles zu Bildung gehört, was SchülerInnen tatsächlich fit fürs Leben macht.

Ich konnte gestern Abend im Circus Krone eine mich begeisternde Zirkusdarbietung miterleben und gestehe, dass mir besonders während des Auftritts der kleinwüchsigen AkrobatInnen und SpassmacherInnen immer wieder der Gedanke durch den Kopf und ans Herz gegangen ist, wie irrwitzig ein Schulsystem wäre, das die Entwicklung besonderer Begabungen dem Wahn, alle gleich machen zu müssen, opfert.

Mit der aktuellen Ausgabe dieses Mayr-Wochenspiegels im digitalen Rucksack wünsche ich euch/Ihnen allen ein schönes Wochenende.

Herzliche Grüße euer/Ihr Wilfried Mayr

Am 9.10. schrieb [Fuchsbauer](#)

Sehr geehrte LeserInnen dieses Mails, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich konnte gestern Abend in Micheldorf ein traumhaftes Auswärts-8:0 unserer Pettenbacher U10-FußballerInnen gegen den Sieger der letzten Meisterschaft miterleben und gestehe, dass mir besonders die Vorstellungen der manchmal so bezeichneten B-Spieler das Herz springen ließen: Weil der Trainer bei jedem Spiel auch den schwächeren ihre Einsatzminuten gibt, konnten sie sich im Laufe der letzten zwei Jahre im Spiel mit den Vorbildern im eigenen Team immer mehr steigern und so gemeinsam die aktuelle Tabellensituation erreichen: 8 Siege in 8 Spielen, 60:13 Tore.

Und die Pointe kam dann nach dem Spiel: unsere 12 JungathletInnen verließen den Platz nicht, sondern spielten noch lange begeistert untereinander auf ein Tor weiter. Es war so, wie ich es sonst nur aus der Schule kenne: In meiner Klasse steht keiner auf, wenn ich Pause sage, weil alle vertieft in ihre Arbeiten sind und gute und weniger begabte gemeinsam tüfteln und ihre individuellen Mathe-Aufgaben lösen.

So und jetzt geh ich zu meiner gerade einlangenden Brennholzlieferrung, weil ich mir ja auch nicht zu schade für die schwere Handarbeit bin und wünsche euch/Ihnen allen ein schönes Wochenende.

LG J. Gary Fuchsbauer

Brauchen wir ein mittleres Management an den Schulen?

Ich zitiere diesen Artikel wegen der Überschrift und vor allem wegen

"Um die Motivation sämtlicher Beschäftigten zu fördern, sollten Hierarchien flach gehalten, Entscheidungs- und Führungskompetenzen gefördert sowie Strategien gemeinsam gestaltet werden".

Wir von der ÖLI-UG sagen das seit ÖLI-Beginn. Wir brauchen keine hohen Hierarchien, wir brauchen Entscheidungskompetenz aller LehrerInnen: Auf Zeit gewähltes Leitungsteam und die LehrerInnen-Konferenz als Entscheidungsorgan der Schule. Und wenn wir fuer die Leitung anteilmäßig so viele Stunden/WE hätten, wie in der Wirtschaft, könnte eine sinnvoll funktionierende, motivierende Leitung an jeder Schule geschaffen werden. Die genannten Zahlen (Konzern mit 50.000 Mitarbeitern hat 50 bis 200 Topmanager, aber 7.000 Abteilungsleiter) im Vergleich zB mit den BundeslehrerInnen und deren Verwaltung in Land und Bund (was auch ca 50.000 Menschen sind): Wenn wir die LSIs und sonstigen Chefs in LSR/SSR/BMUKK zusammenzählen, entspricht das der Zahl der Topmanager. Aber DirektorInnen, Abteilungs-/FachvorständInnen, WerkstättenleiterInnen, AdministratorInnen, StudienkoordinatorInnen, IT-BetreuerInnen und BibliothekarInnen haben 36.960 WE (Quelle siehe rechte Spalte), das entspricht 1.848 Dienstposten - da fehlen 103.040 WE, die das BMUKK/BMFin einsetzen könnte um auf die vergleichbaren 7.000 Abteilungsleiter zu kommen. Davon könnte dann auch die Zahl der 510 WE für PersonalvertreterInnen um ein Vielfaches angehoben werden, damit hoch motivierte (und mit WE abgegoltene) VertreterInnen der Bediensteten an allen Standorten (und nicht nur in ZAs) das Betriebsklima mitprägen.

www.presstext.at/news/100714001/wer-unter-druck-steht-motiviert-nicht-gut

"Wer unter Druck steht, motiviert nicht gut"

Mittleres Management

- ist die am meisten frustrierte Führungsebene

Wien/Neuhaus (pte/14.07.2010) - Das Engagement von Führungskräften der mittleren Hierarchieebenen nimmt in wirtschaftlich schwierigen Zeiten rapide ab. Einer Studie der Boston Consulting Group www.bcg.com nach sind die Ursachen für die Demotivation hausgemacht: 38% der 1300

befragten Führungskräfte bemängeln fehlende Karriereoptionen. Zudem wird die zu wenig nach der individuellen Leistung abgegoltene Vergütung von mehr als einem Drittel kritisiert.

Spielräume werden enger

"Gerade in Krisenzeiten werden die Zügel in vielen Unternehmen straffer gehalten. Weil das Top-Management kein Risiko eingehen kann und die finanzielle Lage angespannt ist, werden Vorgaben von oben strenger", sagt Unternehmensberater Franz Guber im presstext-Gespräch. Dem im Netzwerk www.consultingteam.at organisierten Insider nach werden somit die kreativen Spielräume gerade für das mittlere Management immer enger: "Wer sich unter Druck gesetzt fühlt, kann seine untergebenen Mitarbeiter nur schwer motivieren."

Motivation ist in schwierigen Zeiten enorm wichtig. Denn das mittlere Management hat die vom Top-Management entwickelten Visionen und Strategien umzusetzen. Das Engagement von Bereichs- und Abteilungsleitern inmitten der Krise ist somit erfolgsentscheidend. Neben den fehlenden Karrieremöglichkeiten klagen 35% der befragten Führungskräfte über mangelnde Führungsqualitäten bei Vorgesetzten. Fast ein Drittel hingegen fühlt sich für die Arbeit vom Gehalt abgesehen zu wenig gewürdigt.

Flache Hierarchien zahlen sich aus

"Das mittlere Management ist das Bindeglied zwischen Top-Management und Mitarbeitern. Um die Motivation sämtlicher Beschäftigten zu fördern, sollten Hierarchien flach gehalten, Entscheidungs- und Führungskompetenzen gefördert sowie Strategien gemeinsam gestaltet werden", verdeutlicht Guber gegenüber presstext. Firmen tun mit Blick auf die zahlenmäßige Verteilung des mittleren Managements gut daran, dies zu beachten. In einem Konzern mit 50.000 Mitarbeitern gibt es in der Regel nur 50 bis 200 Topmanager, aber 7.000 Abteilungsleiter.

Das Ergebnis der BostonUntersuchung ist alarmierend: So ist das Engagement des mittleren Managements in den letzten zwei Jahren um bis zu 14% gesunken. Das Top-Management weist nur einen Rückgang um 8% auf. Mit mehr Befugnissen für Manager in der mittleren Führungsebene lassen sich Moral und Verantwortungsbewusstsein stärken, Entscheidungsprozesse beschleunigen und Kosten einsparen. Eine Forderung der Boston-Studie: Weil nur die wenigsten Manager geborene Führungskräfte sind, sollten Unternehmen auch Schulungen fördern.

Aus einer parlamentarischen Anfragebeantwortung

Anzahl der Nicht-Unterrichts-BundeslehrerInnen-WE

www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/AB/AB_05003/fnameorig_189096.html

Leitungsfunktionen betreffen in erster Linie die SchulleiterInnen (auch provisorische), Abteilungs- und FachvorständInnen. In Summe werden dafür im Schuljahr 2008/09 rd. 19.500 WE eingesetzt.

Bei „sonstige Einrechnungen in die Lehrverpflichtung“ handelt sich vor allem um Kustodiate und Nebenleistungen (IT-Betreuung, Schulbibliothek u.ä.) sowie um Unterstützungsfunktionen (insbesondere AdministratorInnen, StudienkoordinatorInnen, WerkstättenleiterInnen u.ä.). Betont wird, dass sich das Ausmaß dieser beiden Bereiche nach gesetzlichen Vorgaben richtet, hier kein Vollzugsspielraum besteht und die korrekte Umsetzung dieser Vorgaben in den nachgeordneten Dienstbehörden laufend durch die Zentralleitung überprüft wird (dies gilt natürlich auch für die vorstehend genannten Leitungsfunktionen). Das im Schuljahr 2008/09 dafür aufgewendete Ausmaß beträgt rd. 17.460 WE.

Eintrag in der Kontaktseite von oeli-ug.at:

Was haltet ihr von der Idee, das Naturbewusstsein der Kinder zu stärken, indem man ihnen ein kleines Obstbäumchen schenkt und zusammen mit ihnen pflanzt (das kann auch im Schulhof sein), vielleicht ein Apfelbäumchen mit einem herrlichen passenden Kinderbuch dazu: "Der liebe Gott wohnt bei uns im Apfelbaum". So einen kleinen Setzling bekommt man in der Baumschule oder

im Gartencenter für wenig Geld und ich finde, wenn die Kinder dann später selbst erleben, wie der Baum wächst, ihn pflegen und dann die ersten Äpfel ernten dürfen von "ihrem Bäumchen" das ist doch ne prima Sache, oder? So schätzen die Kinder "ihren Baum", lernen ihn zu pflegen und bekommen einen direkten Bezug zur Natur. Was meint ihr? Wär' das nicht ein Vorschlag für den Kreidekreis?? Natur-liebende Grüße, eine Grazer Kollegin

Zum Demokratieverständnis unserer Gewerkschaft: Von dieser Aussendung zum WeltlehrerInnen-Tag las ich, obwohl Mitglied der aussendenden GÖD-ARGE, 5 Tage später erstmals im Wochenspiegel der schwarzen AHS-GewerkschafterInnen (siehe dazu auch S.6). Keine Spur von Diskussion, Absprache oder gar Beschluss in der ARGE-LehrerInnen. Übrigens auf der www.goed.at-Titelseite kam der WeltlehrerInnen-Tag nicht vor (nach einigem Suchen fand ich eine BMHS-Aussendung dazu www.goed.at/16507.html). Und: Wer bei Sekundarstufe II an Matura denkt und sich über die 88% in der ARGE-Erklärung wundert: Sek II kommt nach Sek I (Schulen der 10-14-J.). Und nach Sek I kommen Poly, Berufsschulen, 1-, 2-, 3-, 4-jährige Fachschulen und eben auch Schulen mit Matura. Der genannte Wochenspiegel wird nur in der Professorenunion intern verschickt (und wurde mir - vermutlich von einem sich über die ÖPU ärgern Koll. - weitergesandt) und ist als unkopierbares pdf formatiert. Ich habe daher die Texte abgetippt: Die nebenstehende WeltlehrerInnen-Tagaussendung und Seite 6 Einleitung und Editorial des ÖPU-Vorsitzenden. Seite 6 gibt's auch 2 Versuche, den Ärger über Gerhard Riegler's eklatante Fehlsicht auf eine gemeinsame, individuell fördernde Schule zu verarbeiten. LG J. Gary Fuchsbauer



4.10.2010: ARGE der Lehrer in der GÖD zum

WeltlehrerInnen-Tag 2010

Wien. Lehrerinnen und Lehrer leisten gute Arbeit für ihre Schülerinnen und Schüler.

In Österreich verfügen laut OECD-Studie "Education at a Glance 2010" 88% der 25- bis 34-Jährigen über einen erfolgreichen Abschluss der Sekundarstufe II. Österreich liegt damit im EU-Spitzenfeld und kann keineswegs - wie so oft behauptet - als "Bildungsschlusslicht" bezeichnet werden. Die europäischen Vergleichsdaten verdeutlichen diesen Erfolg: EU-Mittel; 82%, GB: 77%, Italien: 69%, Span.: 65%.

Schulen brauchen Unterstützung, die nicht nur auf dem Papier steht.

Die gesellschaftlichen Veränderungen haben massive Auswirkungen auf das Schulleben und damit die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer. Sie müssen zusätzlich zum Unterricht umfassende gesellschaftspolitische Aufgaben übernehmen. Der Schulalltag besteht aus einer Kombination von Sozialarbeit, Krisenintervention, Familienberatung, Entwicklungspsychologie und Lehrtätigkeit. Die notwendige Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer durch anderes Fachpersonal fehlt fast völlig. Die vielzitierten kleinen Klassen sind in weiten Bereichen nicht umgesetzt. Österreichs Lehrerinnen und Lehrerarbeiten mit großem Einsatz unter schwierigen Bedingungen. Die Bildungsdiskussion wird engagiert und zum Teil sehr heftig geführt, doch nicht immer hat man das Gefühl, dass jene, die kritisieren auch wissen, wovon sie reden. Gleichzeitig erfolgt durch die lang anhaltende Kritik am bestehenden Schulsystem eine nachhaltige Imageschädigung der Lehrerinnen und Lehrer. Das schadet nicht nur den Pädagoginnen und Pädagogen, sondern hauptsächlich den ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schülern. Der respektvolle Umgang zwischen den Lehrpersonen und den Schülerinnen u. Schülern ist eine Grundvoraussetzung für ein gedeihliches Lernumfeld und nur in einem solchen kann Wissenserwerb und Erziehung in einem zufriedenstellenden Ausmaß gelingen.

LehrerInnen und Lehrer wollen bei der Erstellung von Bildungskonzepten eingebunden sein. Sie sind die ExpertInnen der Praxis, die einzigen Fachleute, die den schulischen Alltag direkt erleben.

LehrerInnen fühlen sich für ihre SchülerInnen verantwortlich. Ihr Einsatz und ihre Hilfestellungen ermöglichen den Jugendlichen eine gute Ausbildung u. somit einen erfolgreichen Einstieg in die Berufswelt.

LehrerInnen erwarten daher zu Recht wertschätzende Behandlung durch ihren Dienstgeber und den Respekt und die Anerkennung der Gesellschaft!

Rückfragen: Walter Riegler, Vorsitzender der ARGE Lehrer

Da mich vieles an der Bildungspolitik stört, jedoch derzeit vor allem die Versuche das Schulwesen völlig unter Länderkompetenz zu stellen, habe ich nebenstehende **Forderung** verfasst, die ich zur Unterzeichnung aufgelegt habe (erght an: BM Schmied, BK Faymann, VK Pröll). Die Unterschriftenlisten bitte bis Mitte November an Mag. Helga Stieber, Untere Bachg.8, BG, 2340 Mödling senden

Die ÖLI unterstützt diese Initiative (Download eines Unterschriftenblattes von www.oeli-ug.at) - allerdings fordert die ÖLI statt des letzten Punktes **Wahl eines Schulleitungsteams auf Zeit.**

Zum Nachlesen auf www.oeli-ug.at + verlinkt:

Plattform EduCare

elementare und außerschulische Bildung
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

PRESSEAUSSENDUNG 21.10.:

Die Regierung kann nun zweieinhalb Jahre ohne Wahlen Reformen angehen. Vor allem im Elementarbildungswesen. Wie im gesamten Bildungsbereich auch. Schluss mit dem Kompetenz-Dschungel - Wir brauchen eine bundesweite Infrastruktur - siehe www.Plattform-EduCare.org

Aktueller Stand: Matura-Reform

Neue Reife-(und Diplom-)Prüfung - nRP
ab Sommertermin 2014 (AHS) bzw. 2015 (BHS)
Wir haben zusammengeschrieben, was derzeit bekannt ist - siehe www.oeli-ug.at unter News.

Gelungene Praxis sozialen Lernens in Sekundarstufe I und II

- 22.-24.11.2010 im Schloss Laubegg/Steiermark - siehe www.phst.at

4. Internationales Alfred-Dallinger-Symposium

Frischer Wind im Klassenzimmer! Wie Reformprojekte in Europa gelingen.

Mo-Di, 4.-5. April 2011 in der AK Wien, Theresianumg. 16, 1040 Wien. Informationen/Anmeldung an: VeranstaltungenBP@akwien.at. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenfrei. (Veranstaltungsnummer der PH Wien: 6011BHB018) - Programm siehe www.oeli-ug.at unter Termine April 2011.

Dringende Forderung von Maßnahmen für ein modernes Schulwesen

Wir, die UnterzeichnerInnen dieses Papieres, fordern von der Regierung und vor allem von Ihnen, Frau Ministerin Schmied:

- Reformen im Bildungssektor zügig und konsequent umzusetzen,
- in die Reformpläne und Entwicklungen verstärkt auch erfahrene Pädagoginnen und Pädagogen mit Unterrichtspraxis einzubinden, damit praxisferne, der Schulentwicklung schädliche Maßnahmen verhindert werden,
- die Schulverwaltung für alle Schultypen im Unterrichtsministerium zu zentralisieren und allen Versuchen diese zu dezentralisieren entschieden entgegenzutreten,
- echte Schulautonomie vor allem im Bereich der Personalpolitik und parallel dazu die Auswahl der Schuldirektoren nach Qualifikation und ohne Rücksicht auf Gewerkschafts- bzw. Parteizugehörigkeit der KandidatInnen! Diese muss unter Einbeziehung unabhängiger BeraterInnen erfolgen.